



# **Ungleichheit ist kein Schicksal – Wie wir eine solidarische Gesellschaft werden**

Rede von

**Verena Bentele**

Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland e.V.

auf dem Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing  
am 15. März 2023

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrter Herr Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder,

Sehr geehrter Herr Akademiedirektor Udo Hahn,

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung und die Ehre, beim Jahresempfang der Evangelischen Akademie hier im schönen Schloss Tutzing die Festrede halten zu dürfen, bedanke ich mich sehr herzlich.

Als Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland und auch als stellvertretende Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK Bayern ist mir dieser Ort hier wohl bekannt. Das Tutzinger Schloss war schon öfter Veranstaltungsort für das sozialpolitische VdK-Forum, eine jährliche Fachtagung zu aktuellen sozialpolitischen Themen des VdK Bayern. Ich habe also als Vertreterin des VdK eine besondere Verbindung zu diesem Ort hier, der vom lebhaften wie demokratischen Meinungs-austausch auf der Höhe der Zeit geprägt war und ist. Deshalb freue ich mich sehr, Ihnen heute hier meine Gedanken vortragen zu dürfen und dazu mit Ihnen anschließend gerne ins Gespräch zu kommen.

„Die Würde des Menschen liegt nicht in seinem Leistungsvermögen und der Höhe seines Beitrags zur Effizienz einer Wirtschaft begründet, sondern in seinem Charakter als Geschöpf Gottes und, mehr noch, in seiner Gottebenbildlichkeit“ (Zitat aus der Dissertation von Heinrich Bedford-Strohm: Vorrang für die Armen. Auf dem Weg zu einer theologischen Theorie der Gleichheit, erschienen 1992, Seite 295).

Dieser Einstieg einer Sozialverbands-Präsidentin wird Sie vielleicht überraschen, denn gemeinhin argumentiert der Sozialverband VdK mit dem Grundgesetz, nicht aus theologischer Sicht. Jedoch sind diese Worte für mich ein guter Anfang um mich dem Thema des heutigen Abends zu nähern. Ist es unser Schicksal, die sozialen Gegebenheiten anzunehmen, oder ist es unsere Pflicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Leben in Würde garantieren und einen guten Ausgleich ermöglichen?

Mit dieser Fragestellung setzen wir uns Tag für Tag politisch auseinander – und genau diese Auseinandersetzung braucht es, um konstruktiv die Zukunft zu gestalten.

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm ist ein Mann, der den Austausch sucht. Er schätzt es, Anregungen zu bekommen, die sein Denken befeuern oder ihn auf sehr konstruktive Art und Weise zum Nach-Denken bewegen. Er denkt nach (im wörtlichen Sinne) über Argumente, Gedanken, aber auch über Behauptungen und vielleicht sogar Vorwürfe, die ihm im gesellschaftlichen Diskurs begegnen. Das bedeutet, er nimmt sich die Zeit dafür, wägt seine Worte ab, ist kein Freund der sofortigen Replik. Was aber, das möchte ich ausdrücklich betonen, keine Umschreibung dafür ist, dass er keine Meinung oder keine Haltung hätte. Im Gegenteil: Gerade weil er auch ein nachdenklicher Mensch ist, hat sein Wort nur noch mehr Gewicht.

Als gelehrter Theologe weiß er – wie alle politisch denkenden und arbeitenden Personen – um die Kraft der Worte. Doch dabei belässt er es nicht. Er fordert Taten, die konsequent aus dem Glauben folgen müssen.

Im Jahr 1992 legte er seine Dissertation vor, aus der ich eingangs schon zitiert habe. 25 Jahre später erlebte sie eine Neuauflage. Letzteres ist für wissenschaftliche Publikationen dieser Art eher ungewöhnlich. Es sei denn, ein Werk enthält Theorien und Gedanken, die auch ein Vierteljahrhundert später das Nach-Denken im oben skizzierten Sinne anregen können.

„Vorrang für die Armen“ heißt seine Dissertation. Die These lautet: Wie positiv der Zustand einer Gesellschaft zu beurteilen ist, hängt von ihrem Umgang mit den armen Menschen ab, die in ihr leben. Etwas anders ausgedrückt: Je gleicher eine Gesellschaft ist, je stärker also die soziale Gerechtigkeit in einem Land ausgeprägt ist, desto besser für alle.

Und an dieser Stelle sind wir unvermeidlich mitten in der Politik gelandet. Genauer: in der Sozialpolitik.

Als größter Sozialverband Deutschlands berufen wir uns auf das Grundgesetz mit seinem wichtigsten Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aus diesem Satz schöpfen wir unsere Tatkraft für den Einsatz für eine sozial gerechte Gesellschaft.

Eine solche Gesellschaft halte ich nicht nur in einem moralischen oder ethischen Sinne für „besser“. Sie ist ganz subjektiv besser für jede und jeden Einzelnen – interessanterweise auch und gerade für die Reichen. Denn Armutsprävention durch sozialen Ausgleich ist die beste Kriminalitätsprävention. Das lässt sich sogar belegen.

„Gleichheit ist Glück“, sagen die englischen Wissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett nach Analyse empirischer Daten. Je ungleicher Einkommen und Vermögen in einer Gesellschaft verteilt sind, desto höher ist der Anteil der Kranken und der Schwerkriminellen. Sie kommen zu dem Schluss, dass weniger Ungleichheit nicht nur für diejenigen besser ist, die materiell dabei gewinnen, sondern auch für die meisten, die dafür etwas abgeben müssen.

Dazu passt der Befund der Kriminologin Wiebke Steffen. Sie stellte 2012 fest, dass Deutschland zwar eines der sichersten Länder der Welt ist, das Unsicherheitsgefühl aber größer werde. Sicherheit sei weit mehr als die Eindämmung von Kriminalität, sagt sie. Es gehe auch um die Verlässlichkeit und Planbarkeit des eigenen Lebens.

Heute, etwa zehn Jahre später, hat die soziale Spaltung in Deutschland weiter zugenommen. Viele Menschen plagen Unsicherheit und Abstiegsängste. Tatsächlich befinden sich – beschleunigt durch Pandemie und die Auswirkungen des Ukrainekriegs – immer mehr Menschen in der Situation der ganz konkreten Armutsgefährdung.

Der Ruf nach dem Staat, genauer: nach dem Sozialstaat, ist deshalb in den letzten Jahren deutlich lauter geworden.

In der Tat wurde der Sozialstaat durch diese Krisen, die in ihrem Ausmaß weit über das hinausgehen, was in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen war, auf die allerhärteste Probe gestellt. Alle hier im Raum geben mir sicherlich Recht, dass wir auf diesen Stresstest unserer sozialen Sicherungssysteme sehr gerne verzichtet hätten. Und noch ist ja bei weitem nicht alles ausgestanden. Doch gerade vor dem Hintergrund der Idee der sozialen Gerechtigkeit, dem Gebot des „Vorrangs für die Armen“, wie es Heinrich Bedford-Strohm nennt, können wir bereits jetzt eine erste Bilanz ziehen.

Ein effektives soziales Sicherungssystem wird im besten Falle von allen Bürgerinnen und Bürgern getragen. Dieses System bietet allen Hilfe, wenn sie diese benötigen. Das Prinzip dahinter ist fast simpel: In guten Zeiten können wir durch unsere Sozialversicherungsbeiträge säen, pflanzen, Wachstum erzeugen und Vorräte anlegen. In schlechten Zeiten können wir ernten und die nähren, die der Früchte bedürfen.

Weg von der Metapher, hin zum Sozialstaat:

Unser Sozialstaat, auch das sei nicht verschwiegen, hat nicht nur Freundinnen und Freunde. Von „sozialer Hängematte“ ist gerne mal die Rede, wenn über soziale Hilfen diskutiert wird. „Fordern statt fördern“, rufen viele, die finden, dass arme Menschen hierzulande mit Samthandschuhen angefasst werden. Unterstellt wird, dass Armut vor allem etwas selbst Verschuldetes ist, etwas, dem durch Leistung und Anstrengung einfach zu entkommen wäre. Armut ist für manche schlicht ein selbstgewähltes Schicksal.

Nun sollte man meinen, dass eine Pandemie und ein Krieg reichen müssten, um Menschen, die solche Reden führen, etwas kleinlauter werden zu lassen. Unberechenbare Ereignisse wie die aktuellen haben schließlich viele Menschen in existenzielle Nöte gerissen und plötzlich in Abhängigkeit von staatlichen Leistungen gebracht. Corona-Hilfen für Unternehmen, Abfedern von Ausgaben für Energie und Strom, Kurzarbeitergeld, Mietzuschüsse – das alles sind Leistungen, die eines am Gemeinwohl orientierten Staates bedürfen. Diese Leistungen werden offensichtlich gerne und vermutlich auch dankbar von vielen angenommen, die sich interessanterweise aber selbst oft nicht in der Rolle des Bedürftigen wahrnehmen.

Offenbar gibt es also eine differenzierte Wahrnehmung, für wen und wann und unter welchen Bedingungen die Auszahlung staatlicher Leistungen in Ordnung ist.

Ich erinnere an die Diskussionen zur Einführung des Bürgergelds. Sein Vorläufer, die Grundsicherung, Arbeitslosengeld oder Hartz IV genannt, hat vielen Menschen in der Corona-Pandemie kurzfristig über die Runden geholfen. Einen Imagegewinn hat das leider nicht gebracht. Die Idee, künftig bei dieser Sozialleistung auf Sanktionen zu verzichten, ließ sich jedenfalls nicht durchsetzen.

Der Generalverdacht, der sich gegen Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen richtet, lässt sich zumindest statistisch nicht erhärten. Sozialhilfebetrug in großem Ausmaß lassen die Statistiken jedenfalls nicht erkennen. Nur 1,1 Prozent der Menschen im Hartz-IV-Bezug machen demnach in dieser Hinsicht

falsche Angaben. Das ist ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Diese 57,3 Millionen Euro holt sich der Staat also mit vollem Recht zurück.

Mit viel größerer Milde können jedoch Menschen rechnen, die sich einer wichtigen Bürgerpflicht entziehen: dem Steuerzahlen. Jährlich entgehen dem Staat vermutlich 125 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung. Steuerbetrug hat also eine weitaus größere Dimension als Sozialhilfebetrug. Lässt sich hin und wieder eine prominente Person bei der Steuerhinterziehung erwischen, löst das aber keine allzu großen moralischen Debatten aus.

Steuerhinterziehung scheint also eine lässliche Sünde zu sein. Ich persönlich sehe das anders: Steuerbetrug ist Betrug am Gemeinwohl. Hinzu kommt, dass die bestehende Steuergesetzgebung insbesondere Vermögen viel stärker schont als Arbeitseinkommen. Das befördert eine unselige Entwicklung, nach der das persönliche Engagement im Job nicht oder nicht mehr der Schlüssel für Wohlstand ist, sondern eher die Herkunft. Gut angelegtes Geld und große Erbschaften ermöglichen für eine kleine Bevölkerungsgruppe anstrengungslosen und immer größer werdenden Reichtum, während auf der anderen Seite immer mehr Menschen unter die Armutgefährdungsschwelle rutschen.

Auch vor diesem Hintergrund muss es sehr bitter sein, als Bezieherin oder Bezieher von Sozialleistungen in die „Sozialschmarotzer“-Schublade gesteckt zu werden. „Faulheit“, das sei hier klargestellt, ist am seltensten der Grund, warum Menschen im arbeitsfähigen Alter Sozialleistungen wie das Bürgergeld beziehen: Die meisten von ihnen können definitiv ganz oder zeitweise nicht arbeiten, weil sie etwa alleinerziehend sind, Angehörige pflegen oder ganz einfach zu krank sind. Zur Wahrheit gehört auch, dass 20 Prozent aller Bezieherinnen und Bezieher tatsächlich einen Job haben. Davon ist in diesen Debatten nie zu hören und zu lesen. Das eigentlich Beschämende ist, dass diese Menschen ihren Lohn aufstocken lassen müssen, weil das Geld nicht reicht, oft sogar trotz Vollzeit. Momentan alimentiert der Staat auf diese Weise Unternehmen, die Niedriglohn bezahlen.

Das besonders Frustrierende ist: Der Regelsatz, der die soziale Hängematte angeblich so gemütlich macht, reicht einfach nicht. Bürgergeld kann nicht gleichgesetzt werden mit „bekämpfter Armut“ – leider.

Wer einen schlagkräftigen Beweis für die Existenz von Armut in unserem Land braucht, muss nur an einem beliebigen Tag an einer der 960 Tafeln in Deutschland vorbeischaun. Mehr als zwei Millionen Menschen sind dort Kundinnen und Kunden. Um dort Lebensmittel zu bekommen, müssen diese ihre Bedürftigkeit nachweisen. Ein Bürgergeldbescheid ist so ein Beleg für Bedürftigkeit und damit das staatliche Eingeständnis, dass der Regelsatz nicht reicht, um davon genügend Lebensmittel zu kaufen.

Eine sozial gerechte Gesellschaft lebt von fairer Umverteilung. Geld kommt in die Staatskasse und in die Sozialversicherungssysteme, wenn gute Löhne bezahlt und in einem ersten Schritt erst einmal alle Steuergesetze angewendet würden. Dafür müssen die Kräfte gebündelt werden. Ein „Armen-Bashing“, wie wir es leider oft erleben, lenkt ab von Diskussionen, die wir führen müssen.

Arme gegen Nicht-Arme oder Noch-nicht-ganz-so-Arme auszuspielen, ändert die soziale Schieflage nicht. Im Gegenteil. Hinzu kommt: Wenn Menschen sich abgehängt fühlen, und das tun viele arme Menschen, verlieren sie das Vertrauen in die Demokratie. Eine wachsende Kluft ist schädlich für alle, weil die innere Sicherheit eines Landes dadurch nachweislich Schaden nimmt.

Solidarität ist also die beste Prävention, nicht nur gegen Armut, sondern auch gegen soziale Verunsicherung.

Doch Solidarität heißt nicht „Almosen“. Und damit kehren wir wieder in den christlichen Kontext zurück. Eine wesentliche Erkenntnis der lateinamerikanischen Befreiungstheologie der 1960er- und 1970er-Jahre, auf die Heinrich Bedford-Strohm in seiner Dissertation ausführlich Bezug nimmt, lautet, dass es einer Ermächtigung der Armen bedarf. Die Kirche müsse weg von ihrer paternalistischen Haltung, also weg von einem „karitativen Liebesdienst“, der arme Menschen zu passiven Objekten macht und die sozialen Verhältnisse letztlich stabilisiert, und dafür hin zum Streit für soziale Gerechtigkeit. Dieser kraftvolle Ansatz wird umschrieben mit dem Schlagwort „Option für die Armen“. In einem für die katholische Kirche wegweisenden „Wirtschaftshirtenbrief“ der US-amerikanischen katholischen Bischofskonferenz wird diese „Option für die Armen“ 1986 aufgegriffen.

Die Verfasser prangern die ungleiche Verteilung von Macht, Privilegien und Reichtum an, die sich nicht „durch Begabungsunterschiede oder Arbeitsunwilligkeit“ erklären lasse. Soziale Gerechtigkeit wird als Wechselbeziehung verstanden: Der Beitrag jedes einzelnen Menschen zur Gesellschaft sei eine Pflicht und – Achtung – auch ein Recht. Jeder Mensch muss also in die Lage versetzt werden, an der Gesellschaft teilzuhaben. Verhinderung von Teilhabe und Ausschluss von der Gesellschaft sei – und das ist ein wirklich starkes Wort – „eine soziale Sünde“. Die Würde des Menschen, so der Hirtenbrief weiter, gilt bedingungslos. Sie darf nicht an die Leistungsfähigkeit oder das persönliche Versagen eines Menschen geknüpft werden. Der Grad der Teilhabe ist demnach die Maßeinheit für einen erfolgreichen Staat.

Dieser Gedanke bringt mich zurück in die sozialpolitische Gegenwart. Auch der Sozialverband VdK prangert schon lange die ungleiche Verteilung von Reichtum an.

Folgende Frage treibt mich persönlich um: Ist es sozial gerecht, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über 60 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland besitzen, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur ein Prozent besitzt? Zum Vergleich: In skandinavischen Ländern wie Schweden, Finnland oder Dänemark besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nicht 60, sondern nur etwa 25 Prozent des Gesamtvermögens.

Noch ein paar Zahlen, die Deutschlands soziale Kluft illustrieren: Hierzulande besitzen 36 Milliardäre so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der gesamten Bevölkerung. Während der Pandemie gab es nur in den USA einen größeren Zuwachs an Millionären, Deutschland ist auf Platz 2.

Auch bei den Arbeitseinkommen ist die Situation in Deutschland sehr ungleich. Laut einer Studie des Europäischen Statistikamts Eurostat verdienen die reichsten 20 Prozent der deutschen Bevölkerung fast fünfmal so viel wie die ärmsten 20 Prozent. Im EU-Durchschnitt ist es nur dreimal so viel.

Für den Erfolg im Leben ist es in Deutschland entscheidend, in welchem Haus die Wiege gestanden hat. Das spätere Einkommen der Kinder ist in Deutschland stark vom Einkommen der Eltern abhängig. Das zeigt eine OECD Studie aus dem Jahr 2018. Wir rangieren hier unter den Schlusslichtern der Industrienationen. Die Studie besagt: Bei mehr als der Hälfte der Eltern bestimmt ihr Einkommen wesentlich das zukünftige Einkommen der Kinder. Und es kommt noch schlimmer: In Deutschland würde es laut OECD rund sechs Generationen dauern, bis die Nachkommen einer Person aus dem untersten Einkommensdezil das Durchschnittseinkommen erreichen.

Dies alles zeigt, dass die Ungleichheit und Armut, die wir heute in unserer Gesellschaft sehen, auf lange Sicht fortbestehen wird, wenn wir nichts dagegen unternehmen. Wenn die Chancen auf sozialen Aufstieg und Einkommensgleichheit begrenzt sind und kein Aufstiegsversprechen mehr gilt, werden ganze Generationen benachteiligt. Wo bleibt also die – ich erinnere an die Befreiungstheologie – „Ermächtigung der Armen“, sich aus der schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situation zu befreien?

Schon in der Schule beeinflusst Armut die Chancen eines Menschen. Von 100 Kindern, die niemals in Armut gelebt haben, schaffen 36 den Sprung aufs Gymnasium. Von 100 Kindern mit Armutserfahrung nur 12. Und jeder fünfte junge Mensch unter 18 Jahren ist nach einer aktuellen Bertelsmann-Studie in Deutschland armutsgefährdet.

Armut heißt für Kinder und Jugendliche konkret: Es fehlen warme Schuhe im Winter, ein eigenes Zimmer oder sogar ein eigener Schreibtisch, um in Ruhe Hausaufgaben zu machen. Es fehlt die technische Ausstattung, um in der Schule mithalten zu können – Stichwort „Home Schooling“. Einträge wie „Schwimmbad“, „Sportverein“, „Schulausflug“ oder „Partyeinladung“ fehlen im Familienkalender. Armut bedeutet täglich Stress und Sorgen – und das ohne eine hoffnungsvolle Perspektive, wie wir aus den statistischen Zahlen herausgehört haben.

Was wir dringend brauchen, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist ein Neustart im Kampf gegen Kinderarmut. Dazu fordert der VdK die Bündelung der wichtigsten familienpolitischen Leistungen zu einer einzigen Leistung: der Kindergrundsicherung. Die Leistungen der Kindergrundsicherung müssen ohne komplizierte Anträge und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können. Dies könnte man durch eine automatisierte Auszahlung an die Familien erreichen.

Eine Kindergrundsicherung wäre ganz im Sinne der beschriebenen Selbstermächtigung der Armen. Denn wenn die Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus der Sozialhilfe herausgelöst wird und zu einer ganz normalen Grundleistung für alle wird, schafft das wesentlich bessere Startbedingungen als das aktuelle System. Dann zählt Begabung endlich mehr als Herkunft.

Eine Kindergrundsicherung ist staatspolitisch sinnvoll. Denn das Fatale ist, dass aus armen Kindern fast zwangsläufig arme Erwachsene und später arme Rentnerinnen und Rentner werden. Wenn es aber mit der Kindergrundsicherung gelingt, den Kindern die Tür zu mehr Bildung und damit perspektivisch zu mehr Wohlstand zu öffnen, spart das dem Staat auf lange Sicht eine Menge Geld. „Return on Investment“ nennt das die Wirtschaftswissenschaft. Heißt: Die Investition in die Kindergrundsicherung sichert unseren Wohlstand, weil der Staat künftig diese Ausgaben in Form von Steuern oder Beiträgen in die Sozialversicherung mindestens in gleicher Höhe zurückbekommt.

Vielleicht haben Sie es schon bemerkt: Ich spreche sehr viel und vermutlich für einige von Ihnen zu undifferenziert von „den Armen“ und ganz generell von „Armut“. Aber: Gibt es das überhaupt? Armut in Deutschland? Bei uns muss doch niemand hungern, fast jeder hat ein Dach über dem Kopf und muss nicht erfrieren.

Der Streit um Worte ist in diesem Fall zutiefst politisch. Wenn ein Regierungsbericht, der die prekäre finanzielle Situation mancher Bevölkerungsgruppen in den Blick nimmt, „Sozialbericht“ genannt wird und nicht „Armutbericht“, dann ist das eine Botschaft. Wenn für die Berechnung von Armutsgefährdung in Bayern auf die durchschnittlichen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland Bezug genommen wird und nicht auf die im Freistaat, dann kommen bessere Zahlen heraus. Für die sozialpolitischen Maßnahmen, die aus solchen Statistiken erwachsen sollen, hat das eine grundsätzliche Bedeutung, wie Sie sich vorstellen können. Ich kann nur warnen: Schönrechnen hilft auf Dauer nicht.

Für das Adjektiv „arm“ finden sich in Wissenschaft, Politik und Medien oft Bezeichnungen wie „prekär“, „abgehängt“, „einkommensschwach“ oder gar „sozial schwach“ oder „asozial“. Mit jedem dieser Worte schwingen Bedeutungen mit, die eher nach Verurteilungen klingen. Davor müssen wir uns und die damit bezeichneten Menschen schützen.

Oder denken Sie an das Wort „armutsgefährdet“, das von vielen weitaus lieber verwendet wird als das Wort „arm“. Vermutlich weil das für viele etwas milder klingt. Meine Assoziation bei dieser Bezeichnung ist eine ganz andere. Sie lautet: „einsturzgefährdet“. Und wenn Gefahr droht, ob durch Armut oder Einsturz, müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, um diese Gefahr abzuwenden. Zu unser aller Wohl.

Meine Damen und Herren, Armut ist eine Zumutung, der sich eine Gesellschaft mutig stellen muss. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, der „Vorrang für die Armen“, wie Heinrich Bedford-Strohm sie nennt, ist eine immerwährende Aufgabe für uns alle, die wir in Staat, Kirche und Gesellschaft Verantwortung tragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.